

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10/11
Telefon: 20 011
Vertrieb: K. J. W. W. W. W. W. W.

Druck: 1000 Exemplare
Anzeigen: 1000 Exemplare
Abonnement: 1000 Exemplare

Druck: 1000 Exemplare
Anzeigen: 1000 Exemplare
Abonnement: 1000 Exemplare

Immer neue Pläne in Lausanne

Die deutsche Abordnung unter stärkstem Druck

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 30. Juni. Man kann nicht behaupten, daß die Konferenzlage heute Abend klarer geworden sei. Ebensowenig kann von einer Entspannung die Rede sein. Aber das Leben der Konferenz ist doch jäh, als irgend jemand vermutet hätte. Der Gesamteindruck bleibt,

daß selbst die pessimistischsten Voraussetzungen über die Haltung der Gegner sich von Stunde zu Stunde heute mehr bestätigen.

Gestern Abend und heute vormittag wurde über einen von den wichtigsten Gläubigermächten ausgearbeiteten Plan verhandelt, der geradezu unsinnige Forderungen und Vorschläge enthält. Die Forderung — 7 Milliarden Goldmark — war zwar trotz ihrer Höhe als Einzahlung Deutschlands an einen der Bafeler Bank zu übergebenden Gemein-schaftsfonds gedacht, aus dem angeblich Anleihen für den Wiederaufbau Europas fließen sollen, aber — und das ist die Hauptsache — Eigentümer des Fonds sollen die Gläubigermächte, vor allem also Frankreich, werden. Darüber hinaus sollte Deutschland, falls Amerika seine Schulden nicht streichen würde, sich noch zu neuen, sehr hohen Zusatzzahlungen verpflichten. Ein Hintergedanke war dabei der, daß die Schuldner der Gläubigermächte, z. B. die europäischen Südstaaten, durch diese Anleihen in den Stand gesetzt werden sollten, ihren privaten Schuldendienst wieder aufzunehmen oder fortzuführen.

Diesen anderen Plan haben wir selbstverständlich abgelehnt.

Infolgedessen haben die Gläubigermächte heute nachmittag einen zweiten Plan vorgelegt, der deutsche Zahlungen wie im ersten Plan enthält, aber bezüglich Amerikas die Klausel einschließt, daß falls Amerika die Schulden nicht streicht, von neuem über den ganzen Plan verhandelt werden soll. Und mit solchen Vorschlägen will man Ruhe, Vertrauen und Stabilität in der Welt erreichen. Das nennt man Evidenz! In Wahrheit würde das alles nur die Unsicherheit und die letzte Krise verewigen, ganz abgesehen davon, daß alle Zahlungen dieser Art für Deutschland überhaupt nicht in Betracht kommen können.

da sie weder unsere Zahlungsfähigkeit berücksichtigen, noch die Tatsache, daß wir längst mehr gezahlt haben, als die Gegner fordern konnten.

Das Bedauerliche ist, daß Macdonald hierbei geradezu die Führung übernommen und seine ganzen Grundgedanken weitgehend preisgegeben hat, angeblich aus Gründen praktischer Politik. Aber auch die Italiener haben nach allem, was man hört, jetzt in der Reihe der Gläubigermächte, getreu dem Grundgedanken ihres Memorandums, selbst Ansprüche geltend zu machen, wenn überhaupt von Zahlungen gesprochen werden sollte. Wir haben deshalb vor diesem Wege von vornherein gewarnt.

Die Tatsache stand jedenfalls heute Abend fest,

daß auch der zweite Plan der Gegner von der deutschen Delegation abgelehnt wird.

Aber es wird weiter verhandelt, vor allem tagen die fünf Gläubigermächte weiter, vermutlich wie gestern, bis tief in die Nacht. Ob die deutschen Vertreter sich heute Abend oder in der Nacht noch einmal mit ihren Gegnern treffen werden, steht noch nicht fest. Die Frage drängt sich natürlich heute mehr noch als früher auf: Warum verhandelt Deutschland bei solch nachteiliger und gefährlicher Lage überhaupt noch weiter? Besteht nicht die Möglichkeit, daß wir immer mehr in die Falle geraten werden, und daß dann die Liquidation immer schwieriger wird? Wird man aus nicht immer mehr, ins Unrecht zu setzen versuchen, wenn wir auch bei Zugeständnissen der Gegner fest bleiben müssen?

So sehr wir die heute wieder bewiesene Festigkeit der deutschen Delegation begrüßen, so schwierig kann doch die Lage bei Fortsetzung der Verhandlungen hier noch werden. Die deutschen Vertreter müssen aber schließlich wissen, was sie ihren Nerven antun können. Auf jeden Fall scheinen die Gegenpieler die Wut zu haben, und bis zum letzten unter Druck zu stehen. Das geht auch aus den heute Abend bekannt gewordenen Reaktionspositionen Herriots zur Genüge hervor. Man ersieht daraus, daß auch die Franzosen die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, und schließlich weichen müssen zu können, wenn sie ihren Druck nur lange genug fortsetzen.

Der rote Schwindel

Man sagt, es werde nie soviel gelogen wie nach einer Jagd, während eines Krieges und vor einer Wahl. Was die Wahlen betrifft, so haben wir in den vergangenen Monaten so reiche Erfahrungen zur Bestätigung dieser Behauptung sammeln können, daß wir nicht mehr geneigt sind, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen, das im Kampf um die größte Wählerstimme des Jahres gesprochen wird. Aber wenn gleich zu Beginn der Aktion von der Sozialdemokratie eine solche Epithelenleistung an Unanständigkeit, Demagogie und Tatsachenverdrehung aufgestellt wird, wie sie der offizielle Wahlauftritt dieser Partei darstellt, dann darf man sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, ohne damit nationale Wahlpropaganda zu machen. Denn jeder Satz enthält, wenn man ihn durchdenkt, schwere Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und das Regierungssystem, mit dem sie 14 Jahre lang Deutschland beherrscht und in das heutige Elend gestürzt hat. Man braucht bloß die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ideale der SPD. aus diesem Wahlauftritt herauszuklopfen und zu fragen, was sie in der langen Zeit ihrer Herrschaft daraus gemacht hat. Dann stürzt das ganze Phrasengebäude in sich zusammen und die Pfeile schnellen auf den Schlägen zurück.

Was hat nun der Marxismus in seinem letzten Verweilungsangriff zur Rettung der schon verlorenen Stellung dem deutschen Volke zu sagen? An der Spitze steht das Schlagwort vom „Kabinett der Nazibarone“ und der „Sozialreaktion“, mit dem schon der medienburleske und der heftige Wahlkampf erfolglos bestritten wurden. Denn die Wähler sind nicht mehr so kritiklos, daß sie eine eben erst angetretene Regierung verurteilen für die Sünden, die ihre schwarz-roten Vorgänger in den Zeiten ihrer Herrschaft begangen haben. Dieser Trieb des Rollenwechsels zwischen Klägern und Angeklagten ist schon zweimal mißglückt und wird auch am 31. Juli am gesunden Sinn des Volkes scheitern. So kurz ist das Gedächtnis der Massen auch in unserer schnelllebigen Zeit noch nicht, daß sie bis zum Wahlag vergessen hätten, wie das Kabinett Papen entstanden ist. Gewiß nicht nach den Wünschen und Vorschlägen der nationalen Opposition; sonst läse es anders aus. Es ist ein reines Präsidialkabinett, das sich vorläufig nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützt. Statt über die „Nazibarone“ zu schimpfen, sollten sie Hindenburg dankbar sein, daß er in Erwartung des Wahlergebnisses überparteiliche Männer seines Standes zur Macht berufen hat und nicht Hitler und Dugenberg. Sonst hätte sich die Linksoption nicht die offene Kullschneise gegen die Reichsgewalt leisten dürfen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben.

Das nächste Schlagwort, das aus dem ersten abgeleitet wird, lautet: „Tolerierung“. Ein böhsches Fremdwort, das die roten Parteiführer einst erfanden, um den Anhängern ihre Teilhaberschaft am Brüningsystem zu verschleiern. Es bedeutet nichts anderes, als daß man zu feig ist, sich offen für oder gegen eine Regierung zu bekennen. Das sollen nun die Nationalen gegenüber dem Kabinett Papen tun, genau so wie es die Sozialdemokraten zwei Jahre lang in der Brüningszeit getan haben. Zur Abwehr dieses Vorwurfs braucht man sich gar nicht auf die formale Tatsache berufen, daß zu einer parlamentarischen Abstimmung über die Regierung Papen noch gar keine Gelegenheit war. Die Parteien der nationalen Opposition haben von vornherein erklärt, daß sie die neuen Männer weder nach ihrem Namen noch nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen wollen. Das ist auch bisher geschehen, und zwar sehr kritisch, wo es am Plage war, zum Beispiel in der Stellungnahme gegen die Fortsetzung der — wie die Regierung sagt, durch die Verhältnisse vorläufig erzwungenen — Brüningschen Steuerpolitik und in der Beurteilung der Lausanner Verhandlungsführung. Die politischen Notverordnungen mit der Wiederherstellung der nationalen Gleichberechtigung im öffentlichen Leben betrachtet die nationale Opposition nicht als „Gegenleistung“ für ihre angebliche Tolerierung, sondern als die selbstverständliche Auswirkung des versprochenen Kurswechsels. Weil er darin Wort gefaßt hat, ist der Reichskanzler v. Papen den nationalen Parteien allerdings sympatischer als Brünning, der die deutsche Freiheitsbewegung mit allen Mitteln unterdrückt hat; das entscheidende Wort wird aber erst im August, nach den Wahlen, gesprochen.

Ein anderes Wahlprüfstein der Sozialdemokraten lautet: Aufhebung der Notverordnung. Nun,

Erläuterung der deutschen Vorschläge

Berlin, 30. Juni. Das amtliche Woff-Büro teilt mit: In der vom Reichskanzler v. Papen in Lausanne ergangenen Aufforderung auf Beseitigung der Diskriminierungen Deutschlands durch den Versailles Vertrag wird von zentraler Stelle darauf hingewiesen, daß es sich um die Bestimmungen der Teile V und VIII des Vertrages handelt, die die Entwaldungs- und Reparationsklauseln einschließen, die die Entwaldungs- und Reparationsklauseln einschließen. Durch die Beseitigung der Diskriminierungen kann die Gleichberechtigung Deutschlands hergestellt werden. Wenn in der deutschen Erklärung auch von der Sicherheit gesprochen wird, so handelt es sich dabei keineswegs etwa um die Sicherheit irgendeines einzelnen Staates, sondern um die Herstellung der allgemeinen politischen Sicherheit in Europa. Nur unter diesen Voraussetzungen, so wird ausdrücklich betont, hat Reichskanzler v. Papen die Bereitwilligkeit erklärt, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten. Es handelt sich bei diesem Angebot keineswegs um eine Leistung in irgendeiner Form an Frankreich, sondern um einen Beitrag, der dem Wiederaufbau des daniederliegenden Europas dienen soll und für den ausdrücklich als Voraussetzung die Gründung der deutschen Wirtschaft genannt worden ist. Wieder die Höhe dieses Beitrages ist noch nicht gesprochen worden.

Kein deutsches Finanzangebot

Lausanne, 30. Juni. Der Reichskanzler, Reichsfinanzminister Graf Schwerin und Staatssekretär von Bülow werden in Fortsetzung der heutigen Besprechungen morgen vormittag 9 Uhr dem Vorsitzenden der Konferenz, Macdonald, einen Besuch abstatten. Die Bemühungen zur Schaffung eines mit den deutschen Bedürfnissen im Einklang stehenden neuen Vorschlages sind bisher nicht zum Abschluß gelangt; Nachrichten, die von einem deutschen Angebot in irgendeiner Form wissen wollen, sind uns nicht zuzufinden.

Besuch Herriots bei Papen

Lausanne, 30. Juni. Die Sitzung des Büros der Lausanner Konferenz unter Vorsitz von Macdonald wurde kurz vor 18 Uhr für eine Stunde unterbrochen. Während der Unterbrechung der Sitzung besah sich Herriot überreichend in Begleitung seines Kabinettschefs in das Hotel Savoy zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler und den deutschen Ministern. Dieser unvorhergesehene Besuch wird allgemein dahin ausgelegt, daß auf englischen Vorschlag hin jetzt die letzten Verluste unternommen werden, eine direkte Einigung zwischen der deutschen und französischen Regierung herbeizuführen.

125 Millionen Heberbrückungskredit

Zur Heberwindung des Ultimos

Berlin, 30. Juni. Die Reichsregierung hat, um über den Quartalsultimo hinwegzukommen, einen Heberbrückungskredit in Anspruch nehmen müssen, der von einem Konsortium deutscher Bankinstitute bereitgestellt worden ist, mit dem das Reich auch in früheren Fällen zusammengearbeitet hat. Die Verhandlungen sind natürlich auch diesmal durch Vermittlung der Reichsbank geführt worden.

Es handelt sich um einen Betrag bis zu 125 Millionen Mark, der im Laufe des nächsten Jahres wieder abgedeckt werden soll.

Dieser Heberbrückungskredit ist notwendig geworden, weil sich nach dem Abgang der Regierung Brünning die raschen und Finanzlage des Reiches als ganz ungewöhnlich kritisch herausgestellt hat, und weil durch das erste spätere Erscheinen der letzten Finanznotverordnung eine Lücke entstanden war, die finanziell außerordentlich zu beheben war.

Die Reichshaushalt-Notverordnung in Kraft

Berlin, 30. Juni. Nachdem der Reichstag am 28. Juni den Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1932 verabschiedet hat, hat nunmehr die Reichsregierung den Reichshaushalt für 1932 als Plan durch Notverordnung in Kraft gesetzt.

Der Reichshaushaltplan für 1932 enthält unter anderem die gleiche Besetzungssperre, wie der vorjährige Haushalt. Im Rechnungsjahr 1932 dürfen freierwerbende Planstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes, soweit sie nicht mit entbehrlichen Beamten, oder soweit sie nicht im Wege der Veretzung oder innerhalb der gleichen Laufbahn im Wege der Beförderung besetzt werden, nur mit Parteigeldempfängern oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das gleiche gilt für 50 v. H. der freierwerbenden Stellen des gehobenen-mittleren Dienstes. Entsprechende Bestimmungen gelten auch für die Reichsbeamten.

Heute:

Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10